

Seit wann gibt es Militärsteuer? Mineralölsteuer zahlen wir auf Benzin; auf das Militär zahlen wir keine Steuer.

Der kausale Zusammenhang zwischen Steuern und Militär ist offenkundig und wird auch von manchen Richtern so gesehen: Der Militärhaushalt wird zu mehr als 90% aus Steuern finanziert.

Warum haben Sie Gewissensprobleme wegen Ihres Militärsteueranteils? Die Verantwortung liegt doch ausschließlich bei Regierung und Parlament?

Wer zahlt, trägt auch Verantwortung. Besonders wenn es um Entscheidungen über Leben und Tod geht, ist die Verantwortung weder teil- noch delegierbar. In der Demokratie muss die Erstentscheidung über den Steuerfluss in rein zivile oder auch militärische Verwendung bei den Steuerzahlenden liegen. Danach entscheidet das Parlament.

Wollen Sie die Bundeswehr abschaffen?

Nein. Wir wollen nur die Wahlmöglichkeit haben zwischen 'Militärsteuer' und 'Zivilsteuer'. Wenn zum Schluss viele für Zivilsteuer optieren, müssen Parteien und Parlament daraus die Konsequenzen ziehen.

Wäre Ihre angestrebte Wahlmöglichkeit nicht eine Aushöhlung der Budgethoheit des Bundestags?

Nein. Die Gewissensfreiheit ist ein Grundrecht, die Budgethoheit nicht. Wir wollen aber nicht mitbestimmen, wofür unser Zivilsteueranteil genau verwendet wird, sondern nur, dass er nicht für das Militär ausgegeben wird.

Kriegsdienst mit der Steuer ist doch etwas anderes als Kriegsdienst mit der Waffe?

Das Gewissen ist frei! (Art. 4 Grundgesetz)

SoldatInnen sind 'BürgerInnen in Uniform' für die Zeit des Arbeitsvertrags. Sie können immer aussteigen. Steuerzahlende sind zeitlebens 'SoldatInnen in Zivil'! Sie können nie aussteigen. Genau das wollen wir nach Art.4GG können: *Kriegssteuer*verweigerung gleich *Kriegsdienst*verweigerung.

Was ist falsch am Militär?

Aufkommende Konflikte gehören 'prima ratio' gewaltfrei bearbeitet; man darf nicht zuschauen, wie sie sich entwickeln, bis 'ultima ratio' gekommen scheint. Eine Studie von E. Chenoweth und M.J. Stephan (USA, 2011) über Vergleiche zwischen bewaffneten und unbewaffneten Konflikte hat ergeben, dass in ca. 66% der untersuchten *unbewaffneten* Konflikte die Lösungen zu einem bleibenden Erfolg führten, kaum Opfer kosteten und dem Demokratieaufbau förderten. In den bewaffneten Konflikten waren das nur 25%: Weit weniger als die Hälfte!

Andere Menschen können es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren, keine Armee zu haben!

Wir wollen ihnen nicht unsere Meinung überstülpen. Wer eine Armee verantworten kann, wird auch für 'Militärsteuer' optieren. *Wir* wollen nur für Frieden zahlen. Beides muss, so wie zwischen Kriegsdienst und Zivildienst gewählt werden konnte, in einer Demokratie nebeneinander möglich sein.

Andere wollen vielleicht keine Steuern für Autobahnen zahlen. Da kann dann jeder kommen?

Wenn für unser Problem eine gute Lösung eingeführt wird, warum sollten dann nicht für andere ernsthafte Gewissensprobleme auch welche gefunden werden? Aber das Gewissen ist nicht beliebig. Es gibt keine andere Bereiche, wo Steuern verwendet werden mit dem Ziel, töten zu können.

Demokratie ist der Prozess zu immer breitere Teilhabe der Bevölkerung an politischer Verantwortung.

Wenn Sie weniger Steuern für's Militär zahlen, müssten andere mehr dafür zahlen. Ist das nicht undemokratisch?

Nein. Bisher konnten Steuerzahlenden noch nie über die Höhe der Ausgaben eines Haushaltes mitbestimmen. Das wird so bleiben, auch wenn wir ein Zivilsteuergesetz haben.

Dann kann also ein Zivilsteuergesetz die Ausgaben für das Militär gar nicht verringern?

Das wissen wir noch nicht. Was wir gewonnen hätten: Persönlich ein ruhigeres Gewissen und gesellschaftlich mehr Demokratie. Je mehr Menschen in unserem Sinne wählen würden, umso notwendiger würde die öffentliche Diskussion über den Wahnsinn von Kriegen werden, die im Ausland töten und im Inland wie Ausland Armut verursachen. Wenn nur 3% der Steuerzahlenden für die Zivilsteuer optieren, ist das schon ein Politikum, worüber die Gesellschaft debattieren und entscheiden muss.

Unsere Demokratie funktioniert nur durch die Wahlen und Mitarbeit in politischen Parteien. Nicht durch die Hintertür, wie Sie vorschlagen!

Wir wollen eine demokratische Lösung durch die Vordertür – durch die Verabschiedung eines Zivilsteuergesetzes im Bundestag.

Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie!

Wehrhaft ist die Demokratie, die sich an die Menschenwürde, die eigenen Gesetze und an das Völkerrecht hält. Da kann man sich anders als militärisch wehren! Militärisch wehrt man sich nicht, sondern tötet und zerstört, oft aus rein wirtschaftlichen Interessen.

Pazifismus ist keine Feuerwehr, sondern Grundhaltung.

Wie hätten Sie ohne Armee Hitler vertreiben wollen?

- Hitler hätte gar nicht an die Macht kommen brauchen, wenn
- es in 1918 statt eines Kapitulationsvertrags einen Vertrag gegeben hätte, der auf Friedensentwicklung ausgerichtet war;
 - die Wirtschaft sich nicht auf einen ‚nützlichen‘ Diktator eingestellt hätte;
 - die Weimarer Verfassung nicht so anfällig für neue Machtbestrebungen gewesen wäre;
 - die Bevölkerung durch das alles weniger verarmt und unterdrückt gewesen wäre, sodass sie Hitler nicht auf den Leim gegangen wäre.

Aus dem 2. Weltkrieg haben wir gelernt und das Recht auf Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe ins Grundgesetz geschrieben. Doch das ist nicht genug, wie wir an der heutigen massiven Aufrüstung sehen.

Wie wollen Sie ohne Armee den Terrorismus besiegen?

Eine Armee kann keinen Terrorismus besiegen. Die vielen Steuergelder, die wir international für die so genannte Terrorismusbekämpfung ausgeben, wären besser für Armutsbekämpfung, Bildung, neue Arbeitsplätze und Gesundheit verwendet. Siehe Afghanistan.

Wenn wir überall Teams für gewaltfreie Konfliktbearbeitung hinschicken – nicht auszudenken, was das kostet!

Was kostet die Bundeswehr: 43,2 Mrd. Euro 2019, jährlich um 2 bis 3 Mrd. Euro steigend bis 2% des BIP in 2025; je besser die Konjunktur, je höher das BIP und die 2% in Euro! Für dieses Geld könnten wir außer MediatorInnen auch noch ÄrztInnen, LehrerInnen, IngenieurInnen und Material überall hinschicken.

Aber wenn das Zivilsteuergesetz durchkäme, stünde der Verwaltungsaufwand doch in keinem Verhältnis zu den wenigen Leuten, die Zivilsteuer wählen würden?

Das wurde von Fachjuristen durchgerechnet.

Der Verwaltungsaufwand betrüge weit unter 1% des Zivilsteueraufkommens. Übrigens sind wir nicht so wenige, und je mehr Zivilsteuerzahlende, umso niedriger werden die Kosten!

Auf unserer Internetseite können Sie ausführlicher Fragen und Antworten nachlesen: [Startseite](#) > [Politik](#) > [pro & contra](#)

Kontakt-Adresse für

Infomaterial, Regionalgruppen, bundesweite Treffen, Arbeitskreise, Steuerverweigerung:

Netzwerk Friedenssteuer e.V.

Raidinger Str. 9a
81377 München
Tel.: 089 – 716283
info@friedenssteuer.de
www.friedenssteuer.de

Spendenkonto:

Netzwerk Friedenssteuer e.V.
IBAN: DE25 4306 0967 7001 6016 00
BIC: GENODEM1GLS
(GLS Gemeinschaftsbank e.G.)

Der Verein ist als gemeinnützig anerkannt.



NETZWERK



Friedenssteuer

pro & contra Zivilsteuer

Was will ein Zivilsteuergesetz?

Es will den Verteidigungshaushalt aus dem allgemeinen Haushalt herausnehmen und als Sonderfonds ('Bundesmilitärfonds') führen, der ausschließlich durch Einkommensteuern gespeist wird. Alle Steuerzahlenden könnten im Steuerformular ankreuzen, ob der entsprechende Steueranteil in diesen Bundesmilitärfonds oder ausschließlich in den allgemeinen ('zivilen') Haushalt fließen soll. So hätten alle Steuerzahlenden die Wahl zwischen 'Militärsteuer' und 'Zivilsteuer'.

Zu diesem Thema gibt es eine Menge Fragen und Meinungen, die immer wieder geäußert werden. Die meist vorkommenden präsentieren wir hier - mit unseren Antworten dazu.

KEIN GELD FÜR KRIEG